



HESSISCHER LANDTAG

25. 04. 2023

WVA
SIA

Antrag

Fraktion der SPD

Solidarität und Unterstützung für Berufskraftfahrer in Gräfenhausen

Über die Ostertage haben mehr als 50 Berufskraftfahrer einer polnischen Spedition auf der Raststätte Gräfenhausen für die Auszahlung ihrer Lohnzahlungen gestreikt. Im Zuge der Streikmaßnahmen kam es zur Eskalation, nachdem sich der Besitzer der Spedition mittels eines milizähnlichen „Sicherheitsunternehmens“ gewaltsam Zugang zu den Fahrzeugen verschaffen wollte. In der Folge wurde die Raststätte gesperrt, die Polizei dokumentierte mehrere Fälle von schwerem Landfriedensbruch, Bedrohung, Nötigung, versuchter gefährlicher Körperverletzung und Störung einer Versammlung. Das hier zur Schau gestellte Maß an Selbstjustiz durch die verantwortliche Spedition ist inakzeptabel und muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden.

Auch abseits der Ereignisse auf dem Rastplatz Gräfenhausen ist die Ausbeutung im Fernkraftverkehr auch in Deutschland noch immer an der Tagesordnung. Die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist hierbei häufig miserabel, von den Anforderungen des Mindestlohngesetzes ist deren Entlohnung weit entfernt.

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag spricht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern seine uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung aus. Gleichzeitig verurteilt der Landtag das fortgesetzte Verhalten der arbeitgeberseitigen Spedition – insbesondere die Beiziehung eines milizähnlichen „Sicherheitsunternehmens“ – auf das Schärfste.
2. Der Landtag verurteilt die durch die verantwortliche Spedition initiierten Maßnahmen auf das Schärfste und unterstreicht mit Nachdruck, dass der wehrhafte Rechtsstaat solche Auswüchse von Selbstjustiz, insbesondere unter Beiziehung milizähnlicher „Sicherheitsunternehmen“, in keinem Fall tolerieren wird.
3. Der Landtag begrüßt nachdrücklich die vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen aus der Zivilgesellschaft sowie vonseiten der Gewerkschaften, durch welche die in Gräfenhausen streikenden Berufskraftfahrer sichtbar und solidarisch in ihrem Anliegen unterstützt werden.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die durch den rheinland-pfälzischen Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung, Alexander Schweitzer, angekündigte Initiative zum Europäischen Güterverkehr in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz nachhaltig und proaktiv zu unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. April 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph